

# Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Kampfjetanschaffung

## Um was geht es?

Um 2030 herum endet die Nutzungsdauer der gegenwärtig eingesetzten Kampfflugzeuge der Schweizer Armee. Mit der Absicht, die Fähigkeit der Schweizer Armee zum Schutz des Luftraumes auch zukünftig zu erhalten, unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zu einem referendumsfähigen Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Mit dieser Botschaft beantragt, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu genehmigen und dafür ein Finanzvolumen von bis zu 6 Milliarden Franken gutzuheissen. Nicht festgelegt wird hingegen, welcher Flugzeugtyp und wie viele Flugzeuge beschafft werden. Nach langen Beratungen, namentlich über die Kompensationsgeschäfte, stimmten die beiden Kammern dem Planungsbeschluss zu. Da gegen den Beschluss des Parlamentes das Referendum ergriffen wurde, wird das Schweizer Stimmvolk am 27. September 2020 über den Planungsbeschluss abstimmen.

## Unterstützer des Beschlusses

Die Vorlage wurde vom Nationalrat mit 123 zu 68 Stimmen bei 5 Enthaltungen und vom Ständerat mit 33 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Auch die GLP Schweiz stimmte an der Delegiertenversammlung dem Bundesbeschluss zu.

## Gegner des Beschlusses

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die SP und die Grünen haben das Referendum gegen den Bundesbeschluss ergriffen. Die jglp Schweiz hat an der MV die Nein-Parole gegen den Bundesbeschluss ausgesprochen.

## Contra Argumente gegen den Bundesbeschluss

- Reine Geldverschwendung: Das Parlament will dem Bundesrat für neue Kampfjets einen Blankocheck über sechs Milliarden Franken ausstellen. Über die gesamte Lebensdauer kosten die Luxus-Kampfjets die Schweizer Bevölkerung gar ganze 24 Milliarden Franken.
- Die Katze im Sack: Die Bevölkerung wird über die Anzahl Jets, über den Flugzeugtyp und das Herstellerland im Dunkeln gelassen.
- Undemokratisch: Sechs Milliarden Franken für neue Jets zu bewilligen ist umso absurder, als dass die Stimmbevölkerung den Kauf des Gripen für drei Milliarden Franken im Jahr 2014 deutlich abgelehnt hat.
- Unnötig: Mit den bestehenden F/A-18 kann die Luftpolizei ihre Mission erfüllen. Der Zukauf von neuen Kampfflugzeugen ist daher unnötig. Zudem ist ein Luftkrieg in Europa höchst unrealistisch. Für den Luftpolizeidienst würden auch leichtere Typen genügen.
- Falsche Prioritätensetzung: Die Schweiz sollte sich gegen die wahren Bedrohungen wappnen, statt Milliarden für die Kriege von gestern auszugeben. Die Klimaerwärmung und die Cyber-Risiken müssen jetzt im Zentrum stehen.
- Falscher Zeitpunkt: Aufgrund der Corona-Pandemie und dem Haushaltsdefizit im Jahre 2020 ist es eine berechnete Frage, ob man solch hohe Summen in der absehbaren Zeit in ausländische Firmen investieren möchte.
- Die Luftwaffe ist umwelttechnisch problematisch: 0.2% des jährlichem Kerosinverbrauchs in der Schweiz fallen auf die Luftwaffe zurück. Ein Kampfjet kann problemlos 5 Tonnen Kerosin/h verbrauchen. Bei einer Einführung eines neuen Kampfjet-Modells müssten zwei Kampfjets rund um die Uhr, vier Wochen lang in der Luft bleiben. Dies, weil man testen muss, ob die Flugzeuge bei einem Ersatzteillieferungsstopp genug verlässlich über einen längeren Zeitraum hinweg sind. Auch was den Einsatz der Luftwaffe betrifft, ist man

nicht zurückhaltend: Rund 350 Flugzeugkontrollen werden von der Luftwaffe jährlich unternommen. Dabei kann es aber sein, dass diese Zahl so hoch ist, weil die Piloten auf die nötigen Flugstunden kommen müssen.

## Pro Argumente für den Bundesbeschluss

- Die Kampfjets werden aus dem Topf der Armeeaussgaben finanziert. Insgesamt fallen bei der gesamten Armee 15 Milliarden CHF Ausgaben für Modernisierungen in den nächsten 10 Jahren an. Nach dem heutigen Budget fehlten der Armee für diese Investitionen ca. 5 Milliarden CHF. Diese sollten finanziert werden, indem man jährlich das Armeebudget um 1.4% erhöht. Ausserhalb von Corona Zeiten ist das Wachstum des CH-Haushaltes deutlich höher. Es wird also nicht «umverteilt». Der Betrieb der Flugzeuge über die gesamte Lebensdauer würde selbstverständlich auch vom laufendem Armeebudget finanziert werden.
- Bezüglich «Luxus Jets»: Auf dem Markt gibt es keine leichteren Jets, die den Anforderungen des Bundes entsprechen (fehlende Überschallgeschwindigkeit, Beschleunigung, etc.).
- Dass die Bevölkerung über Beschaffungen der öffentlichen Hand beschliesst, ist eine Ausnahme. Im Normalfall sind solche Fragen Sache von Expertengruppen. Sowohl beim Gripen wie auch jetzt handelt es sich aber um Beschlüsse des Parlaments «von grosser Tragweite», weshalb das Referendum möglich ist. Die beiden Abstimmungen kann man jedoch nicht vergleichen: Die Gripen Niederlage war u.a. der Tatsache verschuldet, dass viele «Experten» in der Bevölkerung mit dem Modell nicht zufrieden waren. Aus diesem Grund entschied sich das Parlament die Abstimmung entkoppelt von den technischen Gegebenheiten durchzuführen. Die Anzahl der Jets und der Flugzeugtyp wird erst im November nach einer umfassenden Auswertung der Ergebnisse der Tests bekannt gegeben. Bei der Gripen Abstimmung ging es zudem nur um einen Teilersatz der Flotte. Nun muss man die gesamte Flotte erneuern. Die Armee strebt eine Vereinheitlichung bei den Flugzeugen an. Durch die Standardisierung können Kosten gespart werden.
- Die Luftwaffe in der Schweiz hat aufgrund der Topografie eine viel kürzere Flugzeuglebensdauer. Durch das ständige Manövrieren, das häufige Beschleunigen und die kurzen Strecken ist der Materialverschleiss viel höher als in anderen Ländern mit ähnlichen Flugzeugtypen. Aus diesem Grund muss spätestens 2030 die gesamte Flotte erneuert werden. Dabei benötigt ein Modellwechsel ein Jahrzehnt. Eine verlängerte Nutzung der F/A-18 um 5 Jahre ist aus finanzpolitischer Sicht nicht möglich, da hier Mehrkosten (Modernisierung, Ersatz kostspieliger Systeme) von 2.5 Milliarden CHF anfallen (Quelle: VBS). Das Parlament hat deswegen 2017 die Diskussionen über eine allfällige Weiterbetreuung der F/A-18 Flotte nicht weiterverfolgt.
- Rechtfertigen neue Bedrohungen wie Cyber-Risiken, dass man den Schutz auf Kosten anderer Schutzmassnahmen aufbaut? Würden mehr Waldbrände stattfinden, wäre dann das Budget von der Feuerwehr auf Kosten der Polizei aufgestockt? Das Problem ist, dass bei einer Bedrohungslage solch komplexe Schutzmechanismen wie Luftverteidigung nicht innert kürzester Zeit aufstellen lassen. Verabschiedet man sich von den Kampfjets für ein paar Jahre, so wird es Jahre brauchen, bis man wieder ein schlagfähiges System aufgebaut hat – so die Aviatik Experten. Die Kampfjets sind ein Teil eines komplexen Verteidigungssystems und können durch keine anderen Methoden ersetzt werden. Auch wenn die USA darüber diskutiert, ob sie in der Zukunft die Anzahl der Flugflotte nicht markant reduzieren möchten, braucht es immer eine gewisse Anzahl an «Allroundern», die unterschiedliche Aufgaben im Luftraum übernehmen können, die von den Drohnen, Helikoptern, oder Lenkwaffen nicht erfüllt werden können.
- Völkerrechtlich ist die Schweiz, als neutrales Land an die Regelung gebunden, den Luftraum zu schützen, was auch in der Vergangenheit immer wieder gemacht wurde (z. B. Kosovokrieg, NATO-Überflüge von Europa nach Irak). Aber auch die Sicherheit im Inland wird durch die Kampfjets gewahrt, ob bei WEF, oder beim Beschützen strategischer Objekte (z. B. AKWs) von feindlichen Flugobjekten.
- Das Argument bezüglich des Haushaltsdefizits aufgrund der Covid19 ist zwar durchaus valide, wird aber durch Offsets (Vergabe von Aufträgen in der Schweiz) relativiert. Nach Art. 2 des Bundesbeschlusses

über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, müssen ausländische Unternehmen, die im Rahmen der Beschaffung Aufträge erhalten, 60 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz kompensieren.

## **Parteiparole: Unterstützung des Bundesbeschlusses**

Nahezu jedes Argument der Gegner der Kampffjetbeschaffung kann relativiert werden. Es geht den Gegner wohl eher um eine Grundsatzdiskussion über die Armee: Braucht die Schweiz eine umfassende Armee, wovon eine klassische Luftwaffe Teil ist? Ist die völkerrechtliche Wahrung der Neutralität mittels Sicherstellung einer Luftverteidigung nötig? Steht das Militär, insb. die Luftwaffe nicht stark im Konflikt mit den Klimazielen, die man als oberste Priorität betrachten sollte?

An der Mitgliederversammlung wurde nach einer kontradiktorischen Debatte eine ausgiebige Diskussion über die Vorlage geführt. Einerseits bewirkte die Tatsache, dass je nach Typenbeschaffung unter Umständen aufgrund benötigter Softwareupdates eine starke Abhängigkeit vom Herstellerland bestehen würde, Skepsis gegenüber der Vorlage. Dem gegenüber stand das Argument, dass diese Abhängigkeit immer, respektive nur dann nicht bestehen würde, wenn die Schweiz vollumfänglich eigene Kampffjets planen und produzieren würde. Auch wurde von einigen Mitgliedern die Grundsatzfrage gestellt, ob nicht doch ein Luftpolizeidienst und damit leichtere Flugzeuge genügen würden. Die Bejahung Grundsatzfrage, dass die Schweizer Armee auch die Luftverteidigung gewährleisten muss, war schliesslich ausschlaggebend. So folgte eine klare Mehrheit der Mitglieder der Empfehlung des Vorstandes und beschloss die Annahme des Bundesbeschlusses.

## **Quellen**

- <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20190039>
- [https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/schutz-des-luftraumes/faq.html#368\\_1557747206031](https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/schutz-des-luftraumes/faq.html#368_1557747206031)
- <https://gruene.ch/gesellschaft/frieden-und-sicherheit/kampffjets>
- <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/glp-sagt-nein-zur-begrenzungsinitiative-und-ja-zu-kampfflugzeugen-138359797>
- <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/8725.pdf>